

Kongo: Ein Fall für die Kommission für Friedenskonsolidierung

Ekkehard Griep

Mit mehr als 80 Prozent Zustimmung nahmen die Kongolesen im Dezember 2005 ihre neue Verfassung an. Ein Jahr später – nach einem nicht immer störungsfrei, aber doch weitgehend friedlich und regulär verlaufenen Wahlprozess – nähert sich die politische Übergangsphase in der Demokratischen Republik Kongo ihrem Ende. Aller Voraussicht nach wird noch bis Ende 2006 der mit 58 Prozent der Wählerstimmen legitimierte Präsident Joseph Kabila sein Amt angetreten und eine Regierung ernannt haben. Das nationale Parlament und 26 Provinzparlamente konstituieren sich. Dies alles ist nicht wenig in einem Land, das nach einer Weltbank-Studie vom September 2006 unverändert vom Zusammenbruch bedroht ist; einem Land von der Größe Westeuropas, in dem bis vor wenigen Jahren der so genannte Erste Weltkrieg Afrikas wütete – unter Beteiligung von sechs Nachbarstaaten und mit der Folge von nahezu vier Millionen Toten.

Doch ungetrübt ist das Bild keineswegs. Bislang deutlichstes Indiz für die Fragilität des politischen Prozesses war Mitte August 2006 das heftige Aufflackern militärischer Gewalt in der Hauptstadt Kinshasa nach Bekanntgabe der vorläufigen Ergebnisse des ersten Wahlgangs zur Präsidentschaftswahl. Als Folge der Kämpfe zwischen den Milizen der Hauptkontrahenten Joseph Kabila und Jean-Pierre Bemba waren 23 Tote zu beklagen. Das entschlossene Eingreifen von UN- und EUFOR-Truppen führte zwar zu einer raschen Beruhigung, doch latente Gewaltbereitschaft dürfte weiter bestehen.

Die Liste der potenziellen Risiken ist damit aber bei weitem nicht erschöpft: Unkontrollierte Milizen im Untergrund; Einheiten der regulären Streitkräfte, die ohne Soldzahlungen bleiben und so zu Plünderungen getrieben werden; Nachbarstaaten, von denen unklar ist, ob sie künftig auf Interventionen im rohstoffreichen Kongo verzichten; verbreitete Korruption in vielen Lebensbereichen; schließlich Spitzenpolitiker, denen jede demokratische Erfahrung fehlt, verwoben in ein Netz von Begünstigungen.

Gegen diese Störfaktoren steht vor allem der Wille der Menschen. Nach mehr als 40 Jahren hatten die Kongolesen erstmals die Gelegenheit, ihren politischen Willen in freien, demokratischen Wahlen auszudrücken. Mehr als 70 Prozent Beteiligung im ersten Wahlgang am 30. Juli, etwas weniger in der Stichwahl am 29. Oktober machen deutlich: Die Menschen wollen einen Neuanfang. Dabei wurde schon im ersten Wahlgang nicht nur nach tribalen oder regionalen Gesichtspunkten gewählt, sondern auch politisch: Während die 90-Prozent-Erfolge für Kabila im Osten eine allgemeine Sehnsucht nach Frieden widerspiegeln, war das entscheidende Wahlmotiv im Westen (zugunsten Bembas) eher der Wunsch nach einem höheren Lebensstandard.

Weitere ermutigende Entwicklungen sind erkennbar: Maßgeblich für die Transparenz des Wahlprozesses

war das Wirken der Unabhängigen Wahlkommission, deren Vorsitzender Apollinaire Malumalu unermüdlich für die Entwicklung demokratischen Bewusstseins geworben hat und als moralische Autorität im Land anerkannt ist. Daneben profiliert sich die Hohe Medienbehörde zunehmend als durchsetzungsfähige Hüterin einer freien Presse, und vor der Stichwahl haben die Kandidaten gar – wenn auch aufgrund internationalen Druckes – zur Deeskalation beigetragen. Wenn die beidseitige Vereinbarung, das Ergebnis zu respektieren, tatsächlich hält, könnte ein Stück neuer politischer Kultur wachsen. Die Ankündigung Bembas, die ihm mit 42 Prozent der Stimmen zugewiesene Oppositionsrolle anzunehmen, trägt jedenfalls Züge von Realismus und politischer Klugheit und stimmt vorsichtig optimistisch.

In einem schwierigen Übergangsprozess steht Kongo nicht allein. Neben bilateraler Unterstützung engagiert sich die Europäische Union seit 2005 in der Polizeiausbildung und im Sicherheitsbereich. In manch kritischer Phase hat das vermittelnde Eingreifen internationaler Vertreter den Prozess vor der Entgleisung bewahrt. Schließlich bleibt die UN-Friedensmission MONUC für die Stabilisierung des durch Krieg und Kriegsfolgen gezeichneten zentralafrikanischen Landes von wesentlicher Bedeutung. Mit rund 18 500 Soldaten und Polizisten sowie einem Jahresbudget von 1,1 Milliarden Dollar wirkt diese derzeit größte UN-Operation als infrastrukturelles und logistisches Rückgrat. Auf der Grundlage eines mehrdimensionalen und robusten Mandats steht MONUC für wirksame, moderne UN-Friedenssicherung.

Auch wenn sich die hohen Erwartungen der Bevölkerung gewiss nicht von heute auf morgen erfüllen werden: Die friedlichen, pluralistischen Wahlen haben Kongo verändert. Ein Zurück hinter diese neue demokratische Erfahrung wird kaum möglich sein. Doch die Konsolidierung des Friedens braucht Zeit. Das Fundament ist noch brüchig, und unter der Oberfläche schlummert Unruhepotenzial. Weitere Anstrengungen vor allem durch die Kongolesen selbst müssen folgen, um das Erreichte zu festigen und auszubauen. Weil die Stabilisierung Kongos aber auch im internationalen Interesse liegt, wird weiterhin Unterstützung von außen erforderlich bleiben. Es entspräche einer Lehre aus anderen internationalen Engagements, sich dabei auf wenige, aber entscheidende Bereiche zu konzentrieren – beispielsweise den Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und die Reform des Sicherheitssektors –, um so Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklungsarbeit zu schaffen. Offenkundig verlangen dabei die Komplexität der Aufgaben und die Vielzahl der beteiligten Akteure nach wirksamer Koordinierung. So gesehen wäre Kongo eigentlich ein Fall für die neue UN-Kommission für Friedenskonsolidierung.



Ekkehard Griep, geb. 1960, Oberstleutnant i.G., Dipl.-Kfm., ist Referent im Auswärtigen Amt und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Er war EU-Wahlbeobachter beim ersten Wahlgang im Juli 2006 in der Demokratischen Republik Kongo.

Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.